

URANTRANSPORTE ÜBER DIE A5 Eine regelmäßige Bedrohung für unsere Sicherheit!

Von Florian Kollmann

Ein bis zweimal pro Woche wird hochgiftiges, stark ätzendes und radioaktives Uranhexafluorid (UF₆) auf der A5 über Heidelberger Stadtgebiet transportiert – das ergab eine Anfrage von Theresia Bauer bereits im letzten Jahr. Der gasförmige Stoff bildet die Grundlage für die Urananreicherung und damit für die Herstellung von Kernbrennstoffen.



Ein- bis zweimal pro Woche wird radioaktives Uranhexafluorid (UF₆) auf der A5 über Heidelberger Stadtgebiet transportiert.

Der rege LKW-Verkehr mit der gefährlichen Fracht dient der Belieferung der einzigen deutschen Urananreicherungsanlage der Firma URENCO im westfälischen Gronau. Dort wird in einer Vielzahl hintereinander geschalteter Zentrifugen der Anteil des für Kernbrennstoffe am besten geeigneten Uranisotops U235 von 0,7% auf 2 bis 4 % erhöht. Die Anlage, die derzeit durch größere Ausbaumaßnahmen ihre Kapazität verdreifacht, nimmt damit für die europaweite Atomwirtschaft eine Schlüsselfunktion ein.

In Gronau hat der – nun durch die schwarz-gelbe Politik insgesamt bedrohte – Atomausstieg nie stattgefunden. Die Uranwirtschaft war vom Atomkonsens ausgespart geblieben, so dass die URENCO trotz der politisch ungünstigen Position, in der sich die Atomenergie in den letzten Jahren in Deutschland befand, weiter expandieren konnte.

Über die Vielzahl an Transporten zur Ver- und Entsorgung der Anlage sind davon nicht nur die Menschen im Westmünsterland betroffen. Denn nukleare Produktionsanlagen gibt es weltweit nur wenige und diese sind international verteilt – so fallen lange Transportwege an. Uranhexafluorid, das in Gronau verarbeitet wird, wird vorher in einer Konversionsanlage in gasförmigen Zustand gebracht. Das geschieht im südfranzösischen Pierrelatte, wo sich die Atomfabrik das Gelände mit den vier großen Reaktoren des Kraftwerks Tricastin teilt – ein nicht zu übersehender Komplex im Rhônetal nahe Avignon. Von dort wurde das UF₆ lange per Bahn nach Gronau transportiert. Die gängige Streckenführung innerhalb Deutschlands verlief dabei durch das Moseltal bis Koblenz, dann auf der Rheinschiene bis Duisburg und schließlich durch das Münsterland nach Gronau.

Bei der in Gronau stattfindenden Anreicherung wird nicht nur das für die Brennelementfertigung benötigte angereicherte Uran produziert – daneben fallen auch große Mengen Müll, sog. abgereichertes Uran an. Auch dieses ist in seinem gasförmigen Zustand als Uranhexafluorid strengen Auflagen unterworfen – es darf beispielsweise in Deutschland nicht endgelagert werden,

Liebe Leserinnen und Leser,

seit dem ersten AUSSTEIGER hat sich in der Ausstiegsdebatte einiges getan:

Innerhalb der Regierungskoalition ist dabei alles andere als eine klare Linie erkennbar: Will Norbert Röttgen die Atommeiler noch acht Jahre am Netz lassen, plädiert Stefan Mappus für Restlaufzeiten von bis zu 30 Jahren.

Ließen vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen neben einer Reihe von Unionspolitikern vor allem Röttgen und Jürgen Rüttgers keinen Zweifel daran, dass die Verlängerung der Laufzeiten vom Bundesrat mitbeschlossen werden müsse, soll jetzt, nach der Abwahl der schwarz-gelben Koalition in NRW, die Länderkammer auf keinen Fall einbezogen werden. Der Atomausstieg der damaligen rot-grünen Regierung sei schließlich auch nicht vom Bundesrat mitbeschlossen worden.

Wie wenig haltbar diese Argumentation ist, bei der Äpfel mit Birnen verglichen werden, zeigt beispielsweise der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages: Der Beschluss über den Atomausstieg, den die rot-grüne Koalition zu-

...weiter auf Seite 2



sondern muss erst wieder als Uranoxid in einen festen Zustand gebracht. Die URENCO hat deshalb einen kostengünstigeren Weg der Entsorgung gewählt, und jahrelang ihr abgereichertes Uran, deklariert als „Wertstoff“, nach Russland exportiert. Offiziell sollte es dort erneut angereichert werden – Recherchen von Umweltschützern und Journalisten belegen aber mittlerweile zweifelsfrei, dass faktisch der deutsche Uranmüll dort in rostigen Behältern unter freiem Himmel abgestellt wurde (siehe dazu auch einen Beitrag in der ZDF-Sendung [Frontal 21](#)).

Proteste von deutschen und russischen Anti-Atom-Aktivisten haben mittlerweile dazu geführt, dass keine Transporte nach Russland mehr erfolgen. Ebenfalls als eine Reaktion auf Proteste im Umfeld der Bahntransporte wurde auch das Vorgehen bei der Anlieferung verändert, indem die UF₆-Transporte von Pierrelatte nach Gronau von der Schiene auf die Straße verlagert wurden. Beides zusammen trägt nun wesentlich dazu bei, dass auch Heidelberg nicht zu knapp von den Gefährdungen betroffen ist, die von diesen Transporten ausgehen. Denn zum Einen erfolgt die Anlieferung wie erwähnt über die A 5 – mit durchschnittlich ein bis zwei Transporten pro Woche. Zum Anderen wird die URENCO für eine ordnungsgemäße Entsorgung ihres abgereicherten Urans in Zukunft darauf angewiesen sein, in Pierrelatte eine erneute Konversion des UF₆ in Uranoxid durchzuführen – erst dann ist sie berechtigt, das daraus entstandene radioaktive Pulver auf ihrem Gelände zu deponieren. Mit anderen Worten: Alles, was in Gronau verarbeitet wird, könnte Heidelberg bald dreimal passieren. Einmal bei der Anlieferung, als UF₆ aus Pierrelatte. Einmal beim Abtransport des abgereicherten UF₆ von Gronau nach Pierrelatte. Und ein drittes Mal als Uranoxid, das von Pierrelatte aus zur Endlagerung nach Gronau geschickt wird.

Von der Öffentlichkeit nur wenig beachtet bringt die Uranwirtschaft so nicht unerhebliche Gefahren für viele Menschen, die in der Nähe der Anlagen, aber auch an den Transportstrecken leben, mit sich. Sie bietet aber auch die Chance für Widerstand! Die illegale Entsorgungspraxis auf Kosten der Menschen in Russland konnte nur gestoppt werden, weil rund um Gronau immer wieder Züge blockiert und anderweitig Protest artikuliert wurde. Für den Pendelverkehr zwischen Pierrelatte und Gronau wurden bisher noch keine geeigneten Widerstandformen gefunden. Aber gerade wenn die schwarz-gelben Laufzeitverlängerungspläne durchkommen, könnte es Sinn machen, sich darüber ausführlich Gedanken zu machen.

Fortsetzung von Seite 1

...sammen mit den Betreibern getroffen hat, hat die Länder von Aufgaben des Vollzuges des Atomgesetzes entlastet. Bei der von Schwarz-Gelb geplanten Verlängerung der Restlaufzeiten sollen die Länder diese Aufgaben wieder übernehmen.

Dass die Länder wegen dieser Belastung mit zusätzlichen Aufgaben über den Ausstieg aus dem Ausstieg im Bundesrat mit zu entscheiden haben, ist doch nur folgerichtig! Falls die schwarz-gelbe Bundesregierung die Länder im Bundesrat in dieser Frage tatsächlich übergeht, sehen Verfassungsexperten wie der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, erhebliche verfassungsrechtliche Probleme auf die Regierung zukommen.

Als sei das nicht alles schon alarmierend genug, thematisieren wir in diesem AUSSTEIGER Urantransporte durch das Heidelberger Stadtgebiet und fassen die Auseinandersetzung um Gorleben zusammen.

*Eine anregende Lektüre und viele Aktionsideen wünscht
Euer AK Umwelt
der Heidelberger GRÜNEN*



„ATOMKLO“ GORLEBEN

Von Thomas Reitz



Der Salzstock Gorleben liegt im niedersächsischen Wendland ganz im Nordosten des Bundeslandes, ungefähr auf der Mitte der Strecke zwischen Hamburg und Berlin. Er ist nicht erst seit der Räumung des Protestlagers „Republik Freies Wendland“ durch die Polizei am 4. Juni 1980 – also vor fast genau 30 Jahren – ein symbolischer Ort für die politische Auseinandersetzung um Kernenergie und die Endlagerung ihrer Abfallprodukte in Deutschland. Trotz Wassereintrüben und der damit verbundenen Gefahr von Grundwasserverschmutzung mit radioaktivem Abfall sowie drohenden Einstürzen des Salzstocks soll Gorleben nach dem Willen der schwarz-gelben Bundesregierung zu Deutschlands erstem Atomendlager werden.



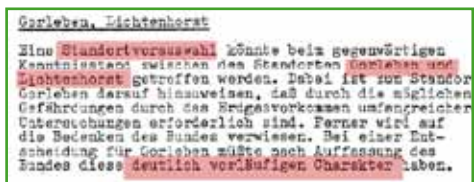
Gorlebens Castor-Halle bietet Raum für 420 Castor-Behälter¹.

Castor ist ein Akronym für das englische „cask for storage and transport of radioactive material“ und bezeichnet verschiedene Arten von Behältern, die beispielsweise für den Transport und die Zwischenlagerung verschiedener Brennelemente sowie hoch-radioaktiver Abfälle aus der Kernstoff-Wiederaufbereitung eingesetzt werden, außerdem zum Transport bestrahlter Brennelemente von Deutschland in die Zwischenlager Frankreichs und Großbritanniens. Castor-Behälter, eine so genannte „unfallsichere Verpackung“, bestehen aus Stahl und sind außen mit Kühlrippen oder Kühlstiften versehen.²

Am 25. April 1995 lief der erste Castor-Transport mit neun abgebrannten Brennstäben aus dem AKW

Philippsburg (Baden-Württemberg) in Gorleben ein. Begleitet wurde er von 16.000 Polizisten, die den Zug gegen den Unmut der Bevölkerung schützen sollten.

Ferner wurde im gleichen Jahr die Kapazität des Lagers von 1500 Tonnen auf 3800 Tonnen Atom-müll erhöht – bei gleich bleibender Grundfläche. Den vorläufigen Höhepunkt bildete im März 1997 die Anlieferung eines „Sixpacks“, bei dem sechs Behälter zu einem Transportvorgang gebündelt werden. Die Kosten für das notwendige Polizeiaufgebot von 30.000 Beamten summierten sich auf 111 Millionen DM. In der Folgezeit mussten die Transporte über den Bahnhof Arendsee in Sachsen-Anhalt umgeleitet werden, da eine Bahnbrücke bei Seere/Hitzacker der Belastung nicht mehr gewachsen war.³

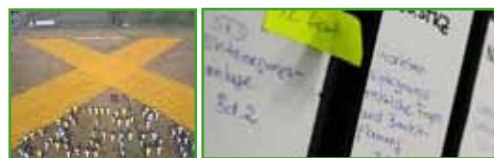


Während der Unmut der Bevölkerung im Wendland wie in ganz Deutschland hoch blieb, geriet zuletzt der Vorgang der Festlegung auf Gorleben zunehmend in den Blickpunkt: Nachdem der Verdacht aufkam, die Regierung Kohl könne im Zuge der Endlagersuche Dokumente fingiert haben mit dem Ziel, Gorleben als bestmöglichen Standort zu propagieren, setzte der Bundestag im März 2010 mit den Stimmen der Opposition einen Untersuchungsausschuss ein. Im September 2009 waren erstmals Dokumente aus dem Jahr 1983 aufgetaucht, in welchen u.a. das Forschungsministerium der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) nahelegt, einen zusammenfassenden Bericht zu Gorleben „mit einem Kapitel ‚wesentliche Ergebnisse der Standorterkundung‘“⁴ zu beginnen und den Abschnitt „sinn-

gemäß mit der Feststellung [zu] schließen, dass die Eignung des Salzstocks Gorleben für die Errichtung eines Endlagers substantiell untermauert werde.“⁵

Desweiteren wird der PTB von dem Ministerium für den abschließend zusammenfassenden Teil vorge-schlagen, „dass ‚berechtigte Hoff-nung besteht, dass im Salzstock Gorleben ein Endlager für alle Arten von radioaktiven Abfällen‘ einge-richtet werden könne.“⁶ Zusätzlich findet sich die Bitte des Ministe-riums, Störfälle von Wasser- und Laugenzutritten nicht in den Fokus, sondern an den Rand des Berich-tes zu stellen.⁷ Die Regierung weist die Vorwürfe zurück und spricht von „rein fachliche[n] Gründe[n] für eine mögliche Eignung des Standortes als Endlager“.⁸ Zuletzt forderte die schwarz-gelbe Koalition, Altkanz-ler Helmut Schmidt solle als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss befragt werden, dazu die ehemali-gen Umweltminister Jürgen Trittin (Bündnis 90/Grüne) und Sigmar Gabriel (SPD). Eine Begründung für die Vorladung des 91-jährigen Schmidt lieferten Union und FDP in ihrem Antrag nicht.

Ergebnisse soll der Untersuchungs-ausschuss 2011 vorlegen.



¹ vgl. „Castor Halle“, in: <http://www.gorleben-soll-leben.de/lagerung/zwischenlager.html>.

² vgl. „Atomtransporte“, in: <http://www.contratom.de/2.0/index.php?mod=hintergrund&baum2=4&auswahl=125&baum2=4&baum3=1>.

³ vgl. „Castor Halle“, in: <http://www.gorleben-soll-leben.de/lagerung/zwischenlager.html>.

⁴ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,647801,00.html>.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ Vgl. ebd.

⁸ <http://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/0,1518,685877,00.html>.

Von
Florian Kollmann

DER PROTEST GEHT WEITER!

600 Menschen bei
Ballonaktion von
Campact in Biblis



Am Samstag, den 12. Juni haben erneut mehrere hundert Menschen am Atomkraftwerk Biblis gegen die schwarz-gelbe Atompolitik demonstriert. Auf Transparenten forderten sie „Keinen Rückfall ins Atomzeitalter!“ und erteilten damit jeglichen Plänen, die Laufzeiten deutscher AKWs zu verlängern, eine klare Absage.



Organisiert wurde die Aktion vom Netzwerk Campact, das über das Internet Spenden für rund 22.000 Luftballons eingesammelt hatte. 12.000 davon wurden nun in Biblis fliegen gelassen, um so die radioaktive Wolke zu symbolisieren, die sich im Falle eines Unfalls in Biblis am 12. Juni blitzschnell Richtung Frankfurt bewegt hätte.



Die restlichen 10.000 Ballons, sowie weitere, die immer noch täglich gespendet werden, sollen am 26. Juni vom Pannenreaktor in Krümmel aus gestartet werden.

Weitere Infos zur Ballonaktion:
www.campact.de/atom2/sn7/signer

Herausgeber:
Arbeitskreis Umwelt der
GRÜNEN Heidelberg.
Ansprechpartner:
Nicolà Lutzmann
(langstrasse@web.de)
Gestaltung:
Melanie Meder
(www.frau-meder.de)